



## **Dunkelfeldstudie beleuchtet erstmals jüdisches Leben und Alltag in Hamburg**

**Viele Juden in Hamburg haben antisemitische Vorfälle erlebt. Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank: „Antisemitismus ist Verletzung der Menschenwürde“. Polizei kommt an die Grenzen des Schutzes von jüdischen Menschen.**

Deutschlandweit erstmalig untersucht eine Hamburger Studie Antisemitismus aus der Betroffenenperspektive. Indem sie den Fokus auf die jüdische Wahrnehmung von Antisemitismus setzt, schließt die Studie „Jüdisches Leben und Alltag in Hamburg“ eine wichtige Lücke in der bisherigen Forschung zu diesem Thema. Wie weit ist Antisemitismus in Hamburg verbreitet und wie bedroht fühlen sich Jüdinnen und Juden in ihrem Alltag?

Nicht jede Beschimpfung oder Bedrohung wird angezeigt und landet so zum Beispiel in der Kriminalstatistik. Es gibt in vielen Bereichen auch ein Dunkelfeld. Und beim Antisemitismus sollte dieses Dunkelfeld im Auftrag der Hamburger Wissenschaftsbehörde aufgeheilt werden.

Die Studie, die kurz nach dem Massaker der HAMAS in Israel begann, ist als Kooperationsprojekt der Akademie der Polizei Hamburg, der Polizeiakademie Niedersachsen, der Jüdischen Gemeinde in Hamburg und der Gleichstellungsbehörde auf Initiative des Antisemitismusbeauftragten erarbeitet worden.

Vorgestern (15.7.2024) wurden ihre Ergebnisse in den Räumen der Jüdischen Gemeinde in Hamburg von Gleichstellungssenatorin Katharina Fegebank und den Forschenden Prof. Eva Groß und Prof. Joachim Häfele vorgestellt, gemeinsam mit Polizeipräsident Falk Schnabel, dem Antisemitismusbeauftragte Stefan Hensel und dem 1. Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Philipp Stricharz vorgestellt. Einen breiten Raum nahm dabei das derzeitige Palästina/HAMAS-Protestcamp auf der Moorweide am Dammtorbahnhof ein, was die jüdische Einwohnerschaft stark verunsicherte.

Im Rahmen einer schriftlichen Befragung von Jüdinnen und Juden in Hamburg im Zeitraum 13. November 2023 bis 7. Februar 2024 konnten wichtige Erkenntnisse zum Leben und Alltag Hamburger Jüdinnen und Juden sowie zu ihren Erfahrungen mit Antisemitismus und den Folgen antisemitischer Diskriminierung gewonnen werden. Insgesamt nahmen 548 Jüdinnen und Juden an der anonymen Befragung teil.

Die Studie zeigt, dass 77 Prozent, also etwa drei von vier der befragten Jüdinnen und Juden, in den vergangenen zwölf Monaten von antisemitischen Vorfällen betroffen waren. Etwa 55 Prozent der Befragten sind laut Studie von strafrechtlich relevanten antisemitischen Vorfällen betroffen. Dabei werden Beleidigungen und Bedrohungen online und auch außerhalb des Internets häufiger angegeben als körperliche Übergriffe, Belästigung oder Verfolgung. Etwa 76 Prozent der Befragten erlebten die Vorfälle in Hamburg. Die überwiegende Mehrheit derjenigen, die von antisemitischen Vorfällen berichten, zeigt diese nicht an. Mehr als die Hälfte der Befragten (65 Prozent), die eine antisemitische Diskriminierung erlebt haben, führen diese auf die aktuelle Krisensituation in Israel und Gaza zurück.

Als direkte Folge dieser Antisemitismuserfahrungen geben laut Studie 89 Prozent der Betroffenen an, die eigene Religion nicht frei ausüben zu können. Ein Großteil vermeidet es, die eigene jüdische Identität öffentlich sichtbar zu machen. Zu den indirekten Folgen zählt die Studie zudem ein nachlassendes Vertrauen in öffentliche Institutionen wie Polizei, Gerichte, Stadtverwaltung und Bundesregierung. Auf Frage der ASW Nord zeige die Studie sehr deutlich, dass viele jüdische Bewohner Hamburgs eine Flucht aus Deutschland in Betracht ziehen.

Doch warum kommt es zu solchen Fällen von antisemitischer Diskriminierung? Knapp 60 Prozent der Betroffenen sagen, es liege an der aktuellen Situation in Israel und Gaza. Für viele jüdische Menschen in Hamburg hat das im Alltag Konsequenzen. Denn ein großer Teil vermeidet es laut der Umfrage inzwischen, seine jüdische Identität auch öffentlich zu zeigen.

**Gleichstellungssenatorin Katharina Fegebank sagt:** „Antisemitismus ist überall in der Stadt vorhanden. Mit dieser Studie, von der ich sehr betroffen bin, haben wir erstmalig in Deutschland die Perspektive der Betroffenen wissenschaftlich untersucht und die Ergebnisse machen uns tief betroffen. Wenn Jüdinnen und Juden am Arbeitsplatz, auf dem Schulhof, auf der Straße oder online beleidigt werden, wenn sie sich nicht mehr si-

cher in Hamburg fühlen und ihre jüdische Identität aus Angst verstecken, dann sind wir als Staat und auch als Gesellschaft gefordert, den Schutz jüdisches Leben zu sichern. Gemeinsam treten wir dafür ein, dass Hamburg eine Stadt ist, in der Antisemitismus keinen Platz hat, und in der Jüdinnen und Juden ohne Furcht vor Diskriminierung und Hetze leben können. Antisemitismus ist Verletzung der Menschenwürde“.

**Polizeipräsident Falk Schnabel sagt:** „Jüdinnen und Juden müssen sich in Hamburg sicher fühlen können. Der Schutz des jüdischen Lebens hat in der Hamburger Polizei höchste Priorität, kommt aber hinsichtlich des Schutzes von jüdischen Menschen an seine Grenzen. Einsatzkräfte der Polizei schützen bereits heute viele jüdische Einrichtungen. Angesichts der aktuellen Studie wird allerdings deutlich, dass wir im Hinblick auf das Vertrauen in die Ermittlungsbehörden und beim Thema Sicherheitsgefühl noch einiges zu leisten haben. Um Taten zu verfolgen, müssten sie aber auch angezeigt werden. Das Protestcamp auf der Moorweide musste die Polizei zulassen, weil Gerichte dies anordneten.“

**Antisemitismusbeauftragter Stefan Hensel sagt:** „Die Dunkelfeldstudie hat erstmals die tiefgreifenden Auswirkungen von Antisemitismus auf Jüdinnen und Juden in Hamburg aufgezeigt. Insbesondere seit dem 7. Oktober sind die Sicherheitsbedenken so groß, dass sich viele Jüdinnen und Juden aufgrund antisemitischer Bedrohungen ins Private zurückziehen und weniger am öffentlichen Leben teilnehmen. Es ist unsere Pflicht, aus diesen Erkenntnissen die richtigen Schlüsse zu ziehen und entschieden gegen Antisemitismus vorzugehen, damit jüdisches Leben in Hamburg wieder uneingeschränkt möglich ist.“

**Philipp Stricharz, 1. Vorsitzender Jüdische Gemeinde in Hamburg, sagt:** „Die Studie bringt Erkenntnisse auf den Punkt, die uns lange bekannt sind, die aber jetzt erstmalig auf wissenschaftlichem Niveau aufbereitet, eingeordnet und belegt werden. Die Studie ist damit von hohem praktischem Nutzen für Entscheidungsträger. Antiisraelische Hetze im öffentlichen Raum beeinträchtigt, wie die Studie zeigt, die Teilhabe jüdischer Hamburger am öffentlichen Leben. Dieser Hetze muss Hamburg nunmehr entschieden entgegentreten und deutlich die Verantwortung der Hamas für das Leid in Israel und in Gaza betonen. Dass der Jüdischen Gemeinde seitens jüdischer Hamburger das höchste Vertrauen im Vergleich der ge-

nannten Institutionen entgegengebracht wird, bestätigt uns in unserem überwiegend ehrenamtlichen Engagement.“

**Prof. Dr. Joachim Häfele, Polizeiakademie Niedersachsen, sagt:**

„Antisemitische Erlebnisse haben besonders weitreichende Folgen für die Betroffenen und reichen von psychischen Belastungen, sozialem Rückzug und dem Verlust des Vertrauens in öffentliche Institutionen bis hin zur Vermeidung des Offenlegens der eigenen jüdischen Identität.“

**Prof. Dr. Eva Groß, Akademie der Polizei Hamburg sagt:**

„Unsere Daten zeigen, dass Betroffene auf Antisemitismus und dessen weitreichende Folgen besonders sensitiv mit Blick auf gesellschaftliche Entwicklungen, Krisen und/oder Signalereignissen reagieren. Nur über ein verstärktes Monitoring der Betroffenenperspektiven lassen sich solche Zuspitzungen möglichst frühzeitig erkennen und als demokratische Stadtgesellschaft angemessen darauf reagieren.“

## Hintergrund

Der überwiegende Anteil der Befragten (84,5 Prozent) ist Mitglied der Jüdischen Gemeinde in Hamburg. Der Anteil von Frauen ist mit 54 Prozent etwas größer als der der Männer mit ca. 44 Prozent. Im Durchschnitt sind die Befragten 65 Jahre alt und somit deutlich älter als der Durchschnitt der Hamburger Bevölkerung.

Antisemitische Angriffe haben ein vermeidendes Verhalten zur Folge, das dazu führt, die eigene Identität im öffentlichen Leben geheim zu halten. Daraus ergeben sich der Rückzug ins Private und psychisch belastende Konsequenzen, etwa Ängste und Krankheiten. Weibliche jüdische Befragte berichten häufiger von Diskriminierungserfahrungen im Gesundheitswesen und im Umgang mit Behörden, wie auch im öffentlichen Bereich und in der Freizeit. Entsprechend sind auch die Ängste vor Diskriminierung und das Rückzugsverhalten aus öffentlichen Räumen unter Jüdinnen stärker ausgeprägt als unter männlichen.

Beide Forscher sagen: Die Ergebnisse der vorliegenden Studie stellen damit einen wichtigen Beitrag zur Schließung der Forschungslücke im Bereich der Antisemitismusforschung dar.

**Downloadlink zur Studie:**

<https://ddatabox.dataport.de/public/download-shares/rviAG1EytoeXUsPItU0CFhNhvokbNdKh>

Die Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft Norddeutschland e.V. ist eine Selbsthilfeorganisation der Wirtschaft in Norddeutschland für die Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, Industrie und öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Die ASW Nord blickt auf über 50 Jahre Erfahrung zurück - und bündelt für ihre rund 180 Mitgliedsunternehmen heute das einschlägige fachliche Wissen der gesamten Palette der Sicherheit – in allen fünf norddeutschen Bundesländern. Die ASW Nord unterstützt die norddeutsche Wirtschaft in allen Sicherheitsfragen mit dem Ziel, Schaden von ihr abzuwenden.